

Anlage 1

Protokoll zum 14. Tag der Jugend im Rathaus vom 03-12-2014

I. Sitzungseröffnung

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die fiktive Ratssitzung und begrüßt die Teilnehmer und Zuschauer.

Er erläutert kurz, dass konstruktive Ratsarbeit viel Weitblick und Kompromissbereitschaft erfordere, da stets die Interessen aller Bürger der Stadt zu berücksichtigen sein. Er sehe daher gespannt den Darlegungen und Diskussionen der vorbereiteten Themen entgegen und betont das diese Sitzung für die Politiker ebenso interessant sei wie für die Schüler.

II. Fraktionsinterne Beratungen über die vorliegenden Anträge der Tagesordnung.

Siehe gesonderte Protokolle.

III. Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Köln

Die sechs Vorsitzenden der Schülerfraktionen tragen sich ein

IV. Ratssitzung der Schülerfraktionen

Herr Oberbürgermeister Roters gibt die Tagesordnung bekannt.
Für die schriftlich eingereichten Anträge siehe Anhang.

1. Antrag der Fraktion JPK - Jugendpartei Köln – Gesamtschule Holweide

Es sollen Trinkwasserspender an ausgewählten Orten in der Stadt gebaut werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat Gestaltungsvorschläge vorzulegen, die Standortvorschläge zu prüfen und ggf. weitere Standortvorschläge zu unterbreiten. Die Bezirksvertretungen sind zu beteiligen.

Begründung:

Im Gegensatz zu anderen Städten in Deutschland und weltweit, sind in Köln gegenwärtig keine öffentlichen Trinkwasserbrunnen vorhanden. Dadurch werden sowohl Bürger als auch Besucher Kölns gezwungen sich selbst zu versorgen, was letztlich zu einem Anstieg des Abfallaufkommens durch Einwegflaschen führt. Die Maßnahme komme dem Stadtbild Kölns also in dreifacher Hinsicht zugute, schöne Brunnen, Trinkwasserangebot und weniger Umweltverschmutzung.

Finanzierung:

Die Finanzierung soll weitestgehend durch ortsansässige Firmen, vor allem der RWE, und einem Teil der Bettensteuer bewerkstelligt werden.

Diskussion:

Die Oppositionen bemängelt zunächst die Hygienesicherheit. Diese soll durch die regelmäßige Überprüfung und Wartung der Anlage gewährleistet werden.

Es wird angeregt neue Brunnen zunächst an Plätzen aufzustellen, die ohnehin einer Neugestaltung bedürfen. Aus der dem Antrag beigefügten Vorschlagsliste, soll eine Prioritätenliste erstellt werden die dies berücksichtigt.

Es wird der Nutzen der Brunnen in Frage gestellt. Dem wird jedoch entgegengehalten, dass derartige Anlagen in vielen Städten weltweit existieren und stets gut angenommen werden. Darüber hinaus lassen die Klimaprognosen für die Zukunft einen Anstieg der Jahresdurchschnittstemperatur und damit heißere und längere Sommer erwarten, die solche Brunnen für die Allgemeinheit notwendig machen.

In den Wintermonaten sollen die Brunnen abgestellt werden um der Gefahr des Einfrierens vorzubeugen. In diesem Zeitraum könnte auch die Wartung stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Roters schlägt als erste mögliche Standorte den Kurt-Hackenbergs-Platz und den Offenbachplatz vor die sich gegenwärtig in der Neugestaltung befinden.

Abstimmung:

JPK stimmt geschlossen zu.

BvS enthält sich.

GFK stimmt dagegen.

Der Antrag wird abgelehnt.

2. Antrag der Fraktion BvS – Sportaktivitäten – Bertha-von-Suttner-Realschule

Nutzung von zwei Sportanlagen an Kölner Schulen in jedem Stadtbezirk für Schüler der Jahrgangsstufe 8 bis 10 jeweils an zwei Tagen in der Woche.

Beaufsichtigung und Anleitung der Aktivitäten durch Sportpädagogen, die die benötigten Materialien bereithalten.

Die Sportaktivitäten sollen ganzjährig außer in den Ferien und in den Wintermonaten angeboten werden.

Druck von Plakaten, um das Angebot bekannt zu machen.

Änderungsantrag 1

Das Sportangebot soll für die Jahrgangsstufen 5–12, getrennt nach Altersstufen angeboten werden, wobei ausdrücklich die Teilnahme von Flüchtlingskindern ermöglicht werden soll.

Begründung

Das Angebot soll ein offenes, freies Projekt sein, das ohne Einschränkungen, allen Jugendlichen zur Verfügung steht. So bestünde hier weder eine Pflicht zur regelmäßigen Teilnahme oder Beitragszahlung noch zur Teilnahme an Wettkämpfen. Vielmehr wäre es eine soziale Plattform für reale –im Gegensatz zur virtuellen– Kommunikation und Freundschaft auf der Grundlage gemeinsamer sportlicher Aktivitäten.

Umfragen an mehreren Schulen haben ergeben, dass ein solches Programm von den meisten Schülern begrüßt würde.

Finanzierung

Die Betreuung soll vornehmlich Studenten der Sporthochschule stattfinden, die im Gegenzug diese Betreuung als Praktikumsschein anerkannt bekommen sollen.

Diskussion

Die Opposition bemängelt das Aussetzen des Angebots in den Ferien da viele sozial schwächer gestellte Familien nicht in Urlaub führen und so das Ferienangebot durch das beantragte Sportprogramm bereichert würde. Dem wird entgegengehalten, dass durch die Pausen im Winter und in den Ferien vor allem die Kosten im Rahmen gehalten werden sollen.

Die BvS weist nochmals darauf hin, dass das Angebot sich wirklich an alle richten soll, auch Kinder und Jugendliche ohne Köln-Pass oder eben auch Flüchtlinge.

Es wird die Frage der Instandhaltung und Reparatur der Sportplätze und –geräte aufgeworfen. Dies solle aus Mitteln der Sporttag und der Sportjugend geschehen. Doch solle die Betreuung durch Studenten der Sporthochschule und der Sportjugend dem Vandalismus vorbeugen.

Auch die Frage der Haftung als problematisch betrachtet. Frau Dr. Klein als Sportdezernentin der Stadt verweist auf bereits existierende, haftungsfreie Möglichkeiten. Auch die Finanzierung steht in der Kritik. Die BvS räumt ein, dass es bisher nur seitens der Sporttag, eine Kooperationszusage gibt. Die Sporthochschule habe sich noch nicht geäußert.

Die Organisation des Angebotes solle durch die Betreuer stattfinden.

Es wird nochmals die Haftungsfrage bemängelt. Frau Dr. Klein merkt nochmals an, dass dies noch bearbeitet werden müsse wie auch die Frage der Finanzierung. Bisher können lediglich Sportflächen des Sportamtes zur Verfügung gestellt werden.

Es wird nochmals nachgefragt, inwieweit die Sporthochschule zur Kooperation bereit wäre. Es wird zum wiederholten Male dargestellt, dass diese sich bisher nicht positiv geäußert habe.

Änderungsantrag 2

Das Projekt soll zunächst befristet auf ein Jahr, an zwei Standorten auf seine Machbarkeit hin erprobt werden.

Abstimmung:

Alle Fraktionen stimmen geschlossen zu.

Keine Gegenstimmen oder Enthaltungen.

Der Antrag in seiner geänderten Form, wird einstimmig angenommen.

3. Antrag der Fraktion GFK – Gemeinsam für Flüchtlingskinder– Heinrich-Heine-Gymnasium

Die Lebenssituation von Flüchtlingskindern in Köln soll durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Zugang zum allgemeinen Schulunterricht durch mehr Internationale Förderklassen
- Kinder- und Familiengerechte Unterkünfte
- Anschaffung zeitgemäßer Lernmaterialien für den Schulunterricht
- Einrichtung von Rückzugs- Lern- und Aufenthaltsräumen mit adäquater Ausstattung
- Den Kindern soll der Zugang zu Psychotherapeuten ermöglicht werden
- Es sollen Aktionstage oder Projektwochen sowie Öffentlichkeitskampagnen durchgeführt werden, die ein positives Bild von Flüchtlingskindern schaffen

Der Rat wird aufgefordert, die Verwaltung damit zu beauftragen, ein Gutachten zur Abschätzung der Kosten für die bezeichneten Maßnahmen zu erstellen und bei Bund und Land um Mitfinanzierung zu bitten.

Begründung:

Die Kinder sind mit oder ohne Familie aus ihrer Heimat aufgrund von Krieg, Gewalt, Armut, Verfolgung oder Naturkatastrophen geflohen, um in Deutschland eine sichere Zukunft zu finden. Jedoch verhindern die Zustände der Flüchtlingsheime und der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal die Einhaltung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. Auch Kinder aus Fluchtgebieten brauchen Schulbildung. Doch in eingeschränkter räumlicher Umgebung, im andauernden Kontakt mit einer Masse fremder Menschen, ohne angemessene Hygiene, Ruhe und das erforderliche Lernmaterial kann, falls es überhaupt Unterricht geben sollte, kein angemessenes Lernklima entstehen. Hierzu werden Räume zum Abschalten, Lesen, Spielen oder allgemeiner Freizeitgestaltung gebraucht.

Weiterhin ist es verständlicherweise schwierig, nach all dem erlebten Grauen in der Heimat und auf der Flucht, sich auf Unterrichtsstoff zu konzentrieren. Diese Erlebnisse müssen verarbeitet werden, und das geht nur mit psychologischer Unterstützung. Zudem sind die Kinder sowohl in der Nachbarschaft als auch in der Schule Rassismus und Ausgrenzung ausgesetzt. Daher ist eine Aufklärung der Bürger notwendig; um Vorurteile abzubauen.

Finanzierung:

Die Kommune soll Teile der Finanzierung übernehmen.
Der Bund und das Land NRW sollen um Mitfinanzierung gebeten werden.
Ortsnahe Großkonzerne sollen als Sponsoren hinzugewonnen werden.

Diskussion:

Die Opposition weist auf die Problematik der Sprachbarriere hin, die bei der psychologischen Betreuung, wie bei der schulischen Integration ein Problem darstellt. Dem soll durch Übersetzer begegnet werden.

Die Frage der Personalkosten wird aufgeworfen. Hier soll ein Sponsoring durch ortsnahe Konzerne erfolgen für die dies werbetätig sei.

Es wird um eine Konkretisierung der Vorstellung über den Umgang mit Kleinkindern gebeten. Dies sei weniger problematisch, da Kleinkinder aufgrund ihres Alters einen viel geringeren Aktionsradius haben und sich ohnehin mehr bei Ihren Eltern aufhielten. Dennoch sollen durchaus auch Kitaplätze angeboten werden.

Herr Oberbürgermeister Roters erläutert, dass alle Kommunen in Deutschland sich mit Flüchtlingszahlen konfrontiert sehen, die die Erwartungen um mehr als das doppelte übersteigen. So wären allein in der Vorwoche ca. 700 Flüchtlinge in Köln hinzugekommen, davon etwa die Hälfte Kinder. Da diese Menschen nicht auf der Straße belassen werden könnten und angemietete Hotels sowie andere Räumlichkeiten bereits ausgelastet seien, bliebe der Stadt gar keine andere Wahl als Turnhallen, leerstehende Baumärkte und andere Notlösungen zu nutzen.

Frau Dr. Klein hebt die Gemeinschaft als Dreh- und Angelpunkt der Hilfe hervor und erläutert einige bereits erfolgreich angelaufene Initiativen. Wie beispielsweise ein Konzert der Schulen in Weiden, dessen Erlös, den Flüchtlingen zugutekommen soll, die in der Weidener Turnhalle untergebracht sind. Sie betont, dass jeder Einzelne seinen Beitrag leisten könne.

Desweiteren legt sie dar, dass Schulpflicht und das Anrecht auf einen Kitaplatz sich auf Bürger bezieht und von daher erst greife, wenn die Flüchtlinge offiziell anerkannt und eingebürgert seien. Es ginge hier also um ein freiwilliges Hilfsangebot, welches über die Verpflichtungen einer Kommune hinausginge.

Dann äußert sie sich zu den Punkten des Antrages im Detail und erläutert den jeweiligen Lösungsansatz der beteiligten Ämter. Über 100 Vorbereitungsklassen seien im letzten Jahr neu eingerichtet worden.

Die KiTa-Kapazitäten in den jeweiligen Stadtteilen würden stetig erweitert.

Zur Traumabewältigung räumt sie eine Überforderung der Kapazitäten ein und lobt in diesem Zusammenhang, die Einsatzbereitschaft des Roten Kreuzes.

Eine Vielzahl privater Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und Firmen widme sich aus eigenem Antrieb der Öffentlichkeitsarbeit, sowie der Bereitstellung von Sponsorengeldern. Die Forderung einer größeren Beteiligung des Bundes und des Landes begrüßt sie ausdrücklich.

Die Frage der Räumlichkeiten für Rückzugsmöglichkeiten soll durch Abtrennung bestimmter Bereiche oder Anbauten bzw. Räume im nahen Umfeld der Unterkünfte gelöst werden. Dies sei je nach Einzelfall zu entscheiden.

Es wird auch eingeräumt, dass ein Aufruf zu Sachspenden bisher leider nicht sehr erfolgreich war. So sei beispielsweise der Spendenanfrage nach gebrauchten Computern von Firmen, aus datenschutzrechtlichen Bedenken bisher nicht entsprochen worden.

Ergänzungsantrag 1

Es wird angeregt, die Stadt solle eine Fond für Sachspenden, vor allem Lernmitteln einrichten und die Weitergabe zu koordinieren.

Ergänzungsantrag 2

Es soll Kontakt zu den ortsansässigen Medien, - Fernsehen, Radio und Zeitungen - aufgenommen werden mit dem Ziel dass die Flüchtlinge in der öffentlichen Meinung positiv wahrgenommen werden.

Abstimmung:

JPK und GFK stimmen geschlossen zu.

Mit einzelnen Enthaltungen stimmt die Mehrheit der BvS zu.

Der Antrag wird angenommen.

V. Verabschiedung

Herr Oberbürgermeister Roters hebt lobend die aktuelle Brisanz und den ethischen Ansatz des letzten Antrags hervor und bedankt sich bei allen Schülerfraktionen für die ebenso interessanten wie gut vorbereiteten Beiträge.

Dann bittet er die Vertreter der im Stadtrat vertretenen Parteien um ein Resümee der Anträge aus ihrer Sicht.

Herr Thelen von der Fraktion der Grünen/Bündnis 90 bedauert, dass nicht mehr Schüler in den Genuss dieser Veranstaltung kommen, und merkt an, dass dem Antrag der JPK eigentlich hätte zugestimmt werden müssen, da alle Fragen der Opposition zufriedenstellen beantwortet wurden.

Herr Pöttgen von der Fraktion der SPD bedankt sich ausdrücklich für die Beiträge der Schülerfraktionen und betont die Notwendigkeit diese Themen auch in den realen Ratssitzungen aufzugreifen.

Frau Koch von der Fraktion CDU spricht stellvertretend für Herrn van Benthem und bedankt sich für das Engagement der Schüler. Desweiteren betont sie die Wichtigkeit solcher Veranstaltungen für die Entwicklung junger Menschen zu mündigen Staatsbürgern.

